

Bezugs-Gebühr
verschafft für Dresden bei einem jährlichen
Gehalt und Wohnung von etwa 2,50 M.
durch entsprechende Vermieter bis 3,50 M.
Bei einem jährlichen Zu-
holung durch die Volk
2 M. (ohne Gehalt).
Neuland: Zeitungs-
abonnement 1,45 M.;
Schweiz 1,65 M.;
Deutschland 1,17 M.;
Rheinland nur mit
deutschen Quellen-
angabe. (Dresdner
Zeitung, "Spiegel", Unter-
richtszeitungen werden nicht aufbewahrt.)

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepisch & Reichardt in Dresden.

Kohlensaure Bäder **Diana-Bad**
sowie
Kur-Bäder aller Art 22 Bürgerwiese 22.

Anzeigen-Zeit.
Baukosten von Wohn-
häusern bis nach-
z. 120. Sonnabend nur
Wohnhäuser bis von
11 bis 1/2 Uhr. Die
einzelne Seite (eine
zu 2 Seiten) 30 Pf., die
zweite Seite auf
Zeitung 70 Pf., die
gewöhnliche Werbung
1,50 M., Sammel-
Werbezettel aus Dres-
den die einzeln, Seite
25 Pf. — Zur Num-
mern nach Sonn- und
Herrnlagen erhältbar
Zeit. — Ausgängige
Meldungen nur gegen
Zurückzahlung.
Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telexgramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25 241.
Nachtragschluss: 11.



Verlangen Sie überall nur
Radeberger Pilsner
aus der
Radeberger Exportbierbrauerei.



Vernickeln, Vergolden, Versilbern, Vermessingen, Verküpfen etc. aller Metallgegenstände
Dresdner Vernickelungs-Anstalt **OTTO BUTTNER**, Falkenstrasse Nr. 1-3. Fernsprecher Nr. 7359.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Südwestwinde, zeitweise Nebel, sonst heiter, tagsüber warm, nachts kalt, vorwiegend trocken.

Am Circus Sarrazani wurde gestern abend das "Mirakel" von Karl Vollmoeller mit der Musik von Engelbert Humperdinck unter Reinhardts Regie mit starkem Erfolg aufgeführt.

Kaiser Wilhelm ist vom 23. bis 25. Oktober Gast des Erzherzogs Franz Ferdinand und wird am 25. Oktober dem Kaiser Franz Joseph einen Besuch in Schönbrunn abstatzen.

Prinz-Régent Ludwig übernahm das Pro-
tektorat über das Germanische Nationalmuseum.

Die Königin von Griechenland begleitet den König Konstantin auf seiner Pariser Reise nicht.

Der großherzoglich weimarsche Hof legte anlässlich des Todes der Prinzessin Sofia eine schwere Trauerfeier an.

Die leichte Besserung im Befinden des deutschen Militärratschefs v. Winterfeldt hält an.

Der Gesetzentwurf über die gesetzliche Regelung der Pensionsverhältnisse der Altpensionäre des Reichs soll so zeitig unter Tisch gebracht werden, daß er am 1. Oktober n. J. in Kraft tritt.

Ein Besuch des Königs von Spanien in London wird für Ende Oktober angekündigt.

Die Ausarbeitung eines Kanalprojektes zwischen der Weichsel und dem Dnjepr ist von russischen Ingenieuren in Angriff genommen worden; ein Kanal zwischen Wolga und Ob ist in Aussicht genommen.

Die türkischen und die bulgarischen Delegierten haben das Protokoll über die endgültige Grenzfestsetzung unterzeichnet.

Die neue Verfassungspartei in Ungarn.

Die verworrenen Verhältnisse in Ungarn sollen einer neuen Lösung zugeführt werden. Ein Mann ist auf dem Plane erschienen, der den Scheinkonstitutionalismus be-
seitigen und an die Stelle der "Gewalttherrschaft" des Grafen Tisza ein wirkliches Verfassungsregiment setzen will.

Graf Julius Andrássy, der einstige Jugendfreund des Grafen Tisza und jetzt sein stärkster politischer Gegner, einer der bedeutendsten ungarischen Magnaten und gewesener Minister, hat eine neue Partei gegründet, die unter dem Namen einer "Landesverfassungspartei" am 14. September ins Leben getreten ist und bis jetzt etwa 27 ungarische Reichstagsabgeordnete zählt. Das charakteristische Merkmal dieser neuen Partei ist, daß sie sich aus politischen Persönlichkeiten von verschiedenen staatsrechtlichen Anschauungen zusammengesetzt, die sich vereinigt haben,

um den Sturz der gegenwärtigen Regierung und des ihr angeschriebenen Systems zu erreichen und "normale" verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen. Da sind Mitglieder, die seinerzeit mit Andrássy aus der alten liberalen Partei ausgetreten sind, sogenannte Dissidenten, und verschiedene Abgeordnete der konservativen Unabhängigkeitspartei, unter ihnen einige hervorragende Führer, wie die gewieften Staatssekretäre Nádasdy, Dénes und Béla Mezőffy, die noch vor kurzem die 48er Ideen der Oppositionspartei mit Verve verteidigt und dafür das "Marxrium" auf sich nahmen, sich durch Polizei aus dem Sitzungssaale des ungarischen Abgeordnetenhauses schleppen zu lassen.

Die neue Partei steht grundsätzlich auf dem Boden der 67er Ausgleichsbasis und stellt durch die Übernahme von oppositionellen Akten gewissermaßen eine vermittelnde Gemeinschaft von 67ern und 48ern dar. Dieser Gedanke ist denn auch in der Gründungsversammlung deutlich zum Ausdruck gekommen. Trotz aller Bedenken, die die Führer der vereinigten Unabhängigkeitspartei, Nádasdy und Graf Apponyi, geltend machen und trotz eines gewissen Gefühls der Verständigung, das sie im Gedanken an die Absprengungen ihrer eigenen Partei bestreiten, haben sie doch prinzipiell ihre Sympathie mit der neuen Parteigründung nicht verhebt, auf die Gemeinsamkeit des Ziels, nämlich der Wiederherstellung der Verfassung hingewiesen und betont, daß angesichts dessen die Unterschiede in den Anschauungen zurückgestellt werden mühten. Sie sind also gewillt, mit der neuen

Partei ein freundliches Verhältnis herzustellen, und das sichert der ersten immerhin eine größere Bedeutung, als ihr auf den ersten Blick zukommen mag.

Die Regierungspartei des Grafen Tisza, die bisher noch ungezwungen dasteht und Nebentritte zur Andrássy-Partei nicht zu verzeichnen hat, sieht sich jetzt einem nicht zu verachtenden Gegner gegenüber. Der Kampf der Zukunft soll nach den Verlaufbarungen Andrássy nicht mehr außerhalb des Parlaments geführt werden, wie es in der letzten Zeit geschieht, sondern man hat die Absicht, wieder im Abgeordnetenhaus zu erscheinen und, entgegen der turbulenten Haltung der gegenwärtigen Oppositionsparteien, an der gescheiterter Arbeit teilzunehmen und gewissermaßen eine Rückkehr zum Parlamentarismus, zu geordneten parlamentarischen Abläufen zu ermöglichen. Man scheint also eingeschen zu haben, daß man mit den bisherigen Mitteln der rohen physischen Gewalt nicht durchkommt, daß man mit der Taktik der rücksichtslosen Obstruktion, mit dem Lärm- und Radauspiel gegen den mit ehrner Brust gepanzerten Grafen Tisza tatsächlich nichts erreicht, sich höchstens vor ihm und Ausland lächerlich macht. So zieht man denn jetzt sanftere Töne auf, bezeichnet sich als gemäßigtes Oppositionspartei und spielt sich als Beschützer der Verfassung aus.

Das macht sich nun allerdings besonders merkwürdig im Munde der Männer, die jahrelang, bevor Graf Tisza mit rücksichtsloser Faust durchgriff, die Verfassung mit Fäusten getreten, das Recht der Mehrheit durch ihre gewalttame Obstruktion zunächst gemacht und jede parlamentarische Tätigkeit lahmelegt, ja geradezu anarchische Zustände in Ungarn herausgeführt haben. Man mag über das Vor gehen des Grafen Tisza denken, wie man will, und seine Majorität bei Handhabung der neuen Haushaltung beklagen, immerhin muß man ihm das Verdienst aufsprechen, daß er das parlamentarische Grundprinzip des Rechts der Mehrheit schließlich doch durch die Änderung der Haushaltung und ihre energische Durchführung wiederhergestellt und den gelehrenen, anarchischen Zuständen in dem durch das schräge Parteileben geradezu erwünschten ungarischen Parlament schließlich ein Ende gemacht hat. Wenn irgendwo, dann lag die Geschäftsmäßigkeit auf Seiten Tiszas und der Arbeitspartei, und der Rechtsbruch auf Seiten der Opposition.

Man kann daher die Verlaufbarungen und Aufforderungen der neuen Partei, in denen immerfort auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Verfassung hingewiesen wird, nicht ernsthaft nehmen, sondern muß einen anderen Teil als Phrasologie und hochtönende Worte in Abzug bringen. Im tiefsinnigen Grunde der Seele denken diese Männer auch gar nicht daran, wirklich verfassungsmäßigen Zuständen in Ungarn zur Durchführung zu verhelfen. Was sie zu ihrem Schritte getrieben hat, ist der reine Machthunger, der Willen zur Macht. Sie wollen wieder regierungsfähig werden und ihre Partei zur anschlagenden machen, wobei sie natürlich auf Abspaltungen und Auseinandersetzungen und Zerfall der lebigen Arbeitspartei rechnen. Sie sagen wohl, sie wollten die gestörte Rechts- und Parlamentsordnung wiederherstellen, sie haben dabei aber offenbar nur eine Ordnung der Dinge im Auge, die herrliche, als sie selbst Herren der Lage, in der Macht waren. Graf Andrássy hat zwar in seiner Programmsrede den Verdacht weit von sich gewiesen, als ob er von ehrgeizigen Absichten geleitet würde, aber er hat in demselben Atem erklärt, daß die Pflicht der neuen Partei sei, ihr Werkzeug daran zu richten, in den Besitz der Macht zu gelangen.

Die leichten Zustände sind nach seiner Ansicht unheilbar verrotet. Nur durch "positive Schöpfungen" so meinte er, könne ihnen ein Ende gemacht werden. Zum Zusammenhang mit dieser Beurteilung empfiehlt der neue Parteichef sein Programm. Es wird interessant sein, schaustellen, was er unter "positiven Schöpfungen" versteht. Uebermäßig viel ist es nicht und Ueberraschendes ist auch nicht darin enthalten. Da sind zunächst allgemeine Versprechungen, die in jedem Programm wiederkehren, wie Erhaltung des Volkswohlstandes, Regelung des Kreditwesens, Achtung der Rechte der Konfessionen und Nationalitäten. Dann erscheint als wichtiger Programmpunkt das Verlangen nach Revision des Wahlrechtes, das im einzelnen begründet wird unter vollständiger Ignorierung früherer Wahlrechtspläne, wie zum Beispiel des Präsidialwahlrechtes, und die Forderung einer Verwaltungsreform. Die Forderungen nach Stärkung der Komitats- und Municipalautonomie, des selbständigen Sollgebietes und der selbständigen Bank sind

höchstwahrscheinlich darauf berechnet, die achtundvierzig Parteien zu gewinnen oder doch verhältnismäßig entgegengesetzte zu stimmen. Eine Lösung auf diesem Gebiete wird vorsichtigerweise nicht verucht, es wird alles von wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und politischer Opportunität abhängig gemacht. Dann werden noch die verschiedensten Fragen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens berührt und schließlich noch die Forderungen nach Aufhebung der Parlamentswoche und gleichzeitiger Regelung der Befreiung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses fest geschrieben. Um auch den nationalen Wählern etwas zu bieten, wird in dem Programm die Notwendigkeit der Erhaltung der Großmachtstellung der Monarchie, der Stärkung der Wehrmacht und die Freiheit zum Dreibein zu betonen.

Es ist möglich, daß die neue Partei eine Wendung im parlamentarischen Leben Ungarns herbeiführt, wenn sie ehrlich besteht in, mit ihrer Vergangenheit zu brechen und reale, positive Politik zu treiben in Auseinandersetzung mit den gegebenen Faktoren. Vielleicht steht das Land der Magyaren vor einer Erneuerung des zweiten Parteien-Systems, das hervorragende ungarische Politiker noch immer für das gegebene System im Lande der Steyrschwärze halten, das aber gerade hier die ungewöhnliche Ausprägung des Parteiaufkommens gezeigt hat. Die nächste Zeit wird zeigen, ob die neue Partei für sich allein oder in Koalition mit der Unabhängigkeitspartei die Kraft hat, die Regierungspartei zu stürzen und die Macht an sich zu reißen oder ob nicht infolge ihrer verschindertartigen Zusammensetzung die Kräfte des Zerfalls in ihr so groß sind, daß ein baldiges Auseinanderfallen wahrscheinlicher und eine neue Partei-Anarchie in Aussicht ist. Ob Andrássy die Verständigung mit der Regierungspartei überhaupt suchen wird, steht dahin. Uebermäßig groß sind die Aussichten auf eine Verständigung nicht, denn die neuen Pläne des Grafen Tisza, namentlich in bezug auf die Änderung der Wahlkreiseinteilung, deuten auf Kampf und Fortschritt des bisherigen, die Herrschaft der Majoritätspartei sicheren Regimes. Da Graf Tisza offenbar gesonnen ist, sein Prinzip zum Aufrüsten zu treiben und jede Verhinderung mit der Opposition abzulehnen, ist es nicht ausgeschlossen, daß Graf Andrássy und Genossen schneller zu einem Ministerposten gelangen, als sie selbst ahnen und sich träumen lassen.

Drahtmeldungen

vom 19. September.

Zum Tode der Prinzessin Sofia von Weimar.

Weimar. (Priv.-Tel.) Die Hofräuber in Sachsen-Weimar anlässlich des Todes der Prinzessin Sofia ist auf sechs Wochen festgesetzt. Die offizielle Bekanntgabe des Todes enthält keinerlei Mitteilung über die Art des Todes.

Karlsruhe. (Priv.-Tel.) Der "Badischen Landeszeitung" zufolge steht fest, daß die verhorrte Prinzessin Sofia sich schon lange mit dem Gedanken, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, trug. So soll sie ihrer Entfernung über einen glücklich überstandenen Autounfall bei der leichten Fahrt durch Tirol ihren Ausdruck geben haben.

Der Zustand v. Winterfeldt.

Bordeaux. Präsident Poincaré, der sich gegenwärtig an Bord des Torpedobootszerstörers "Dunois" befindet, hat auf seine Erfundung nach dem Befinden des deutschen Militärratschefs Oberstleutnant v. Winterfeldt durch Ankündigung die Nachricht erhalten, daß der Zustand des Verunglimpfen noch immer bedenklich sei. In der Nacht sei eine leichte Besserung eingetreten.

Grisolles. Der heute morgen ausgegebene Bericht über das Befinden des Oberstleutnants v. Winterfeldt besagt, daß die Besserung, die gestern eingetreten, bis heute morgen andauerte. Der Puls beträgt 88 und die Temperatur 37,1. Das Atmen verläuft noch beschwerden, dagegen ist die Tätigkeit der Nieren normal. Die flüssige Nahrung wird sehr gut aufgenommen. Der Nervenzustand ist noch nicht überwunden und führt zu ungünstig wirkender Schlaflosigkeit. Die Vorhersage ist noch immer zurückhaltend. Der französische Kriegsminister erkundigte sich heute morgen persönlich nach dem Befinden des Militärratschefs.

Die deutsche Kronprinzessin auf See.

London. (Priv.-Tel.) Der Lloydamyer "Kronprinzessin Cecilie", mit der deutschen Kronprinzessin an Bord, wurde Freitag früh auf der Höhe von Dover erwartet. Das Schiff fährt alsdann die englische Küste entlang, um die Insel Wight herum. Gegen 9 Uhr abends sollte Dover auf der Rückfahrt passiert werden.